

Die erste deutsche Republik – 9. November 1918

Es war ein aufregender Tag. In Berlin und in anderen Städten versammelten sich die Menschen. Sie hatten vom Rücktritt Kaiser Wilhelms II. gehört. Reichskanzler Prinz Max von Baden hatte ihn eigenmächtig verkündet. Wilhelm II. war vorher nicht gefragt worden – er stimmte allerdings wenig später zu. Ihm blieb nichts anderes übrig, als sich nach Holland ins Exil zu begeben, wo er bis zu seinem Tod 1941 lebte. Mit seinem Rücktritt war das Kaisertum in Deutschland 47 Jahre nach seiner Gründung beendet. Die Reaktionen ließen nicht lange auf sich warten, die Kommunisten - hieß es - würden die Republik ausrufen.

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Philipp Scheidemann hatte von diesen Gerüchten auch gehört und wollte der Ausrufung der Republik durch den Anführer des linken Spartakusbundes Karl Liebknecht zuvorkommen. Gegen den Willen mancher Genossen aus der SPD trat er am Mittag des 9. November 1918 an ein Fenster des Berliner Reichstags und verkündete den unten wartenden Menschen die Gründung der Republik. „Das Volk habe auf ganzer Linie gesiegt“, rief er. Nun gelte es, „den errungenen Sieg zu festigen“ und dafür zu sorgen, „dass dieser stolze Tag durch nichts beschmutzt“ wird. Er endete seine Rede mit dem Satz: „Es lebe die deutsche Republik.“ Die Menschen schwenkten vor Begeisterung ihre Hüte, riefen wild durcheinander und brachen dann in Jubel aus.

Aber die soeben ausgerufenen Republik hatte von ihrem ersten Tag an mit einer schweren Hypothek zu kämpfen, denn um 16.00 Uhr versammelte sich eine genau so große Menschenmenge am Berliner Stadtschloss. Dort rief Karl Liebknecht ebenfalls die Republik aus. Seine Rede gipfelte in der Proklamation der „freien, sozialistischen Republik Deutschland“, die „die Herrschaft der Hohenzollern“ beenden werde. Anstelle der verhassten Kaiserstandarte solle fortan „die rote Fahne der freien Republik Deutschland“ wehen. Die junge Republik steckte in einem Dilemma, denn die Gesellschaft war gespalten. Für die einen war die russische Revolution vom November 1917 leuchtendes Vorbild einer sozialistischen Gesellschaft der Gleichen. Für die anderen war eben diese Vorstellung ein unheilvolles Vorzeichen des Untergangs. Beide Gruppierungen standen sich unversöhnlich gegenüber. Linke wie rechte Parteien stellten bald danach bewaffnete Verbände auf, die sich offene Straßenkämpfe lieferten. Der Versuch nach dem verheerenden Ersten Weltkrieg eine neue Zeit einzuläuten, ging gründlich daneben. Für die von der Front zurückkehrenden Soldaten bot sich ein Bild des Chaos, in dem sie sich nicht zurechtfinden. Viele von ihnen schlugen sich auf die Seite rechtsextremer Freikorps.

Zum Jahreswechsel hatten die Unruhen ein Ausmaß erreicht, die den Reichskanzler zum Handeln zwangen. Friedrich Ebert veranlasste, die so genannten „Weihnachtsunruhen“ mit militärischen Mitteln niederschlagen zu lassen. Am 29. Dezember 1918 zerbrach deswegen die Übergangsregierung („Rat der Volksbeauftragten“). Die Situation eskalierte. Ebert beauftragte den für das Militär zuständigen Sozialdemokraten Gustav Noske mit dem Schutz des Regierungssitzes.

Dessen hartes Durchgreifen sorgte jedoch nicht für Ruhe im Land, ganz im Gegenteil: Zu Beginn des Jahres 1919 weiteten sich die Unruhen bis zu einem Bürgerkrieg aus. Der „Spartakusaufstand“ entzündete sich an der Absetzung des Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn. Eichhorn gehörte der zum Jahreswechsel gegründeten KPD an, die aus Liebnechts „Spartakusbund“, Anhängern der während des Krieges gegründeten SPD-Abspaltung „Unabhängige Sozialdemokraten“ und Anderen aus der politischen Linken entstanden war. Eichhorns Weigerung von seinem Posten zurückzutreten, löste den Aufstand aus und sorgte vom 8. bis zum 10. Januar 1919 in Berlin für gewalttätigen Aufruhr.

Die Reichswehr wurde verstärkt mit rechtsextremen Freikorps, die Hetzjagden auf Anhänger der Kommunistischen Partei machten. Nach der Niederschlagung des „Spartakusaufstands“ führten die Freikorps „Säuberungen“ in Berlin durch. Im Zuge dieser illegalen Aktionen wurden am 15. Januar die beiden Ikonen der KPD, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, ermordet und in den Landwehrkanal geworfen. Wegen der Unruhen verlegte die Regierung ihren Amtssitz ins benachbarte Weimar und gab der ersten deutschen Republik damit ihren Namen. Aber die Wahl dieser Stadt war auch ein Signal für die neue demokratische Republik: In Weimar hatten Friedrich Schiller, Johann Wolfgang von Goethe oder Johann Gottfried von Herder gewirkt und gelebt. Mit der abgedankten Monarchie sollte die neue Republik nichts mehr gemein haben.

Am 19. Januar 1919 trat die Weimarer Nationalversammlung zusammen. Ihre Aufgabe war es eine demokratische Verfassung zu erarbeiten. Nach einem halben Jahr intensiver Debatten wurde die neue Verfassung am 31. Juli angenommen und wenig später in Kraft gesetzt. Nun war Deutschland eine parlamentarische Demokratie. Aber die Verfassung hatte viele Schwachstellen. Vor allem die starke Stellung des Reichspräsidenten, der mit Hilfe so genannter „Notverordnungen“ ohne und sogar gegen das Parlament regieren konnte, sollte sich als schwere Belastung erweisen.